



Türkei „sicherer Staat“
EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker setzt sich dafür ein, das EU-Kandidatenland Türkei als „sicheren Herkunftsstaat“ einzustufen.

Donneschdeg,
15. Oktober 2015
Journal

Schub für den Einzelhandel

Wirtschafts- und Sozialrat nimmt Branche unter die Lupe und spricht Empfehlungen aus

LUXEMBURG
CLAUDE KARGER

Das des permanenten Sozialdialogs“ nennt sich der seit 1966 bestehende Wirtschafts- und Sozialrat (WSR), der als beratendes Gremium der Regierung aus der Taufe gehoben wurde. Doch in den Jahren 2010 und 2011, nach mehreren gescheiterten Tripartiten, war auch im WSR, der sich aus Vertretern von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen zusammen setzt, der Sozialdialog auf dem Gefrierpunkt angekommen. Um aus der Blockadesituation herauszukommen, gab sich die Institution 2012 ein Arbeitsprogramm, das sich mehr den langfristigen strategischen Herausforderungen für das Großherzogtum in einer Nachhaltigkeitsperspektive widmen sollte. Dazu gehört vor allem auch die eingehende Analyse der verschiedenen Wirtschaftszweige.

3.153 Unternehmen, 23.000 Mitarbeiter

Nachdem im Juli 2014 die Berichte über den Finanzsektor und die Industrie erschienen sind, stellte der WSR gestern die Studie über den Einzelhandel vor, eine Branche, die 2014 3.153 Unternehmen (davon 74 Prozent mit weniger als fünf Arbeitnehmern) mit insgesamt 23.000 Mitarbeitern zählte, ein Plus von 11,3 Prozent gegenüber 2009. Während das Umsatzvolumen seit 2000 um 19,6 Prozent - um den gleichen Prozentsatz stieg übrigens auch die Bevölkerung - im Einzelhandel gestiegen ist, hat es seit Anfang des Jahres einen Einbruch von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr gegeben.

Die Branche generiert über 238 Millionen Euro an Mehrwertsteuereinnahmen, 6,1 Prozent des Totals. Wie die Studie zeigt, gaben die Haushalte 2013 im Durchschnitt zwar über 58.000 Euro jährlich aus, aber nur knapp 16.500 fließen in den luxemburgischen Einzelhandel. Im Vergleich: Vor der Krise von 2008 gaben die Haushalte im Durchschnitt fast 59.000 Euro jährlich aus; damals flossen noch knapp 18.100 Euro in den Einzelhandel.

Die Ursachen für diesen Rückgang liegt in der Konkurrenz auf verschiedenen Ebenen: Während die Kaufkraft allgemein nicht gesunken ist, geben die luxemburgischen Haushalte seit Anfang 2013 durchschnittlich mehr im Ausland aus - vor allem im nahen Deutschland - als im hiesigen Einzelhandel.

Auch der zunehmende elektronische Handel bereitet der Branche Sorgen. Bei der Entwicklung der Konsumgewohnheiten spielen aber auch psychologische Faktoren (Krisen, Kriege, Steueranhebungen) und die Multikulturalität des Landes, das mittlerweile 47 Prozent Nicht-Luxemburger zählt. Sich auf de-



Die Branche generierte im vergangenen Jahr 238,4 Millionen Mehrwertsteuereinnahmen
Foto: Editpress

ren Gewohnheiten einzustellen, ist eine der Herausforderungen für den Einzelhandel. Dazu gehört aber auch die Service- und Produktqualität, die Erreichbarkeit durch den öffentlichen Transport, die Öffnungszeiten, die Wahrung eines Mehrwertsteuersatzes, der unter jenen der Nachbarländer liegt und ein besserer Zugang der Einzelhändler zu den großen Einkaufsplattformen.

Viel Wert auf Aus- und Weiterbildung legen

Laut WSR muss den Betrieben bei der Ausarbeitung ihrer Web-Strategien unter die Arme gegriffen werden. Angeregt wird ein Portal, um den Zugang zum E-Commerce zu vereinfachen. Gemeinsame Anstrengungen müssten weiter in Sachen Marketing und Kommunikation unternommen werden. An die Regierung ergeht in diesem Sinne der Appell, die Programme, die während der Initiative „Pôle de Commerce de la Grande Région“ ausgearbeitet wurden, weiter zu unterstützen. Francine Closener, die Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium hatte am vergangenen Samstag in der Luxexpo ein Unterstützungsprogramm für den Einzelhandel angekündigt. Viel Wert gelegt werden müsse auch auf die Aus- und Weiterbildung. In diesem Sinne plädiert der WSR für die Einsetzung eines „Institut paritaire sectoriel“, das die Branche permanent analysieren und Vorschläge unterbreiten soll, wie sich der Sektor besser aufstellen kann.

➔ Mehr auf www.ces.public.lu

NEWS

Abkommen mit der „UC Berkeley“

LUXEMBURG Die Universität Luxemburg hat ein Abkommen mit der als weltweit beste öffentliche Universität geltenden University of California, Berkeley (UC Berkeley) unterzeichnet. Das Abkommen über eine Zusammenarbeit in der Forschung und den Austausch von Wissenschaftlern wurde vor kurzem von Prof. Dr. Rainer Klump, Rektor der Universität Luxemburg, und Nicholas B. Dirks, Kanzler der UC Berkeley, unterzeichnet, wie die Universität Luxemburg mitteilt. Ebenfalls zugegen war Professor Jeroen Dewulf, Direktor des Instituts für Europäische Studien an der UC Berkeley. Die UC Berkeley und die Universität Luxemburg arbeiten bereits in Forschungsbereichen wie Biologie, Computerwissenschaften, Geschichte oder Recht zusammen. Beide Universitäten planen die Forschungszusammenarbeit in Zukunft auf weitere Bereiche auszuweiten, wie zum Beispiel Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT), Finanzwissenschaften, Soziale Ungleichheit oder Europäische Studien. Zudem hat die kalifornische Universität gerade einen neuen Campus auf einer Industriebrache eröffnet und ist stark interessiert an einem Erfahrungsaustausch mit der Universität Luxemburg. LJ

CLAE: „Ausgewogene“ Reformpläne

LUXEMBURG Das „Comité de Liaison des Associations d'Étrangers“ (CLAE) spricht in einer Pressemitteilung von einem „ausgewogenen“ Vorentwurf im Kontext der Reform des Nationalitätengesetzes. Unter anderem begrüßt das CLAE die Einführung des Bodenrechts und plädiert dafür, europaweit das Bodenrecht einzuführen. Außerdem erinnert das CLAE daran, dass die Nationalität nicht als ein Privileg betrachtet werden sollte, sondern ein Recht sei. „Le CLAE (...) estime que l'ouverture de ce droit ne met pas en péril l'«être» luxembourgeois». LJ

Mehr Mobilität für Luxemburg

„Chamber“ erteilt kostenintensiven Infrastrukturprojekten grünes Licht

LUXEMBURG Sämtliche staatlichen Infrastrukturprojekte, die mit mehr als zehn Millionen Euro zu Buche schlagen, müssen vorab überprüft und vom Parlament gutgeheißen werden, dies um die Finanzkontrolle zu verbessern. So sieht es die Prozedur seit 2009 vor. Für Projekte, die über 40 Millionen Euro kosten, muss sogar ein Sondergesetz ausgearbeitet werden. Gestern wurde in einer Orientierungsdebatte über mehrere kostenintensive Dossiers in der „Chamber“ abgestimmt, die zuvor bereits von der Nachhaltigkeitskommission unter die Lupe genommen worden waren. Diese hatte keine Einwände. Grünes Licht erteilten erwartungsgemäß schließlich auch die Parteien.

Vorgestellt wurden die Projekte von Berichterstatterin Josée Lorsché (déi gréng). „Die Priorität liegt derzeit ganz klar bei der Verbesserung der Mobilität in Luxemburg. Ziel ist eine bessere Vernetzung der einzelnen Transportmittel“, bemerkte sie eingangs. Um das Zentrum des Landes verkehrstechnisch zu entlasten werden drei große „Park&Ride“-Parkplätze mit insgesamt 2.451 Stellplätzen und direkter Anbindung an den öffentlichen Transport entstehen.

Drei „P&R“-Parkplätze

Umfangreiche Arbeiten stehen in Rodange an. Dort soll in der Nähe des „Boulevard de l'Europe“ ein „P&R“ mit Anbindung an die Eisenbahnlinie entstehen. Drei Bauphasen sind vorgesehen. Ins-



In Wasserbillig entsteht ein neuer „P&R“

gesamt entsteht bis 2021 Parkraum für 1.632 Fahrzeuge. Nötig werden daneben unter anderem die Instandsetzung des Bahnhofes sowie der Bau einer Unterführung für Fußgänger. Des Weiteren sind 100 Fahrradstellplätze geplant. Kostenpunkt: 54 Millionen Euro.

In Wasserbillig ist ein „P&R“ für 385 Fahrzeuge in Bahnhofsnähe geplant. Hinsichtlich einer besseren Erreichbarkeit steht außerdem ein teilweiser Umbau der Bahninfrastruktur auf dem Programm. Die Bauarbeiten beginnen 2018 und sollen 2021 abgeschlossen sein. Kostenpunkt: 30,7 Millionen Euro. Der Merscher Bahnhof bekommt bis 2020 einen „P&R“ mit 434 Parkplätzen auf dem

Areal des ehemaligen „Agrozenter“. Kostenpunkt: 13 Millionen Euro.

Unterführung statt Bahnübergänge

In Schiffingen werden drei Bahnübergänge auf einer Länge von einem Kilometer durch Unterführungen ersetzt. Hinzu kommen weitere damit zusammenhängende Arbeiten, so etwa die Realisierung einer neuen, benutzerfreundlichen „entrée en ville“ sowie der Bau einer Fußgängerbrücke. Das umfangreiche Projekt soll im Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Kostenpunkt: 17 Millionen Euro.

Der hauptstädtische Bahnhof wird um zwei Bahnsteige erweitert. Die Arbeiten werden über den „Fonds du Rail“ finanziert. Gleiches gilt für den teilweisen Umbau des Bahnhofs und die Modernisierung der Bahnsteige in Esch/Alzette.

Großprojekt Cloche d'Or

Im Südwesten der Hauptstadt - am Verkehrsknotenpunkt Cloche d'Or - sind umfangreiche Arbeiten zwecks Ausbau der Transportinfrastrukturen vorgesehen. Entstehen wird ein Busbahnhof mit sechs Bahnsteigen und ein Warteplatz für zwölf weitere Busse sowie ein sechsstöckiges „P&R“-Gebäude mit 2.000 Stellplätzen in Nähe des neuen Fußballstadions. Der „Pôle d'échange Cloche d'Or“ ist der erste Umsteigepol zwischen Tram und Bus. Kostenpunkt: 31 Millionen Euro. SIM

Spaniens Finanzminister verblüfft Parteifreunde

MADRID Mit offenerherzigen Äußerungen über seine Parteifreunde und Ministerkollegen hat Spaniens Finanzminister Cristóbal Montoro Verblüffung ausgelöst. „Es gibt bei uns in der Volkspartei Leute, die sich dafür schämen, der Partei anzugehören“, sagte der Minister der Zeitung „El Mundo“. Nach dem Wirbel, den er damit bei den regierenden Konservativen ausgelöst hatte, relativierte Montoro gestern seine Worte. Er habe damit sagen wollen, dass die PP „ihr Haupt erheben“ solle. Nach Umfragen drohen der PP von Ministerpräsident Mariano Rajoy bei der Parlamentswahl am 20. Dezember drastische Stimmverluste. Dem Außenminister José Manuel García-Margallo hielt Montoro vor, in der Katalonien-Frage seine Ansichten seit 1994 nicht geändert zu haben. Ins Gericht ging Montoro auch mit dem früheren Regierungs- und Parteichef José María Aznar, der wiederholt Kritik an der Rajoy-Regierung geübt hatte. DPA